

Freddy Cremer (ProDG)  
PDG, 13. Dezember 2021

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Dokument 170 (20211-2022) Nr. 1

### **Dekretentwurf über Maßnahmen im Bereich Energie**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament.

Am 12. November ist die 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow zu Ende gegangen. Rund 200 Länder und etwa 25 000 Personen waren an diesem Mega-Event beteiligt, das von vielen als letzte Chance für eine gemeinsame Klimaschutzpolitik bezeichnet wurde.

Über mehrere Wochen war dies das alles beherrschende Thema in der Weltpresse. Unzählige Menschen und Organisationen demonstrierten weltweit für einen effizienten Klimaschutz und drastische Sofortmaßnahmen.

Die Erwartungen waren somit sehr hoch. Doch schon während der Verhandlungen äußerten viele ihren Unmut über das politische Geschacher zwischen den Verhandlungspartnern.

Wirtschaftliche Partikularinteressen – beispielsweise der Volksrepublik China, Russlands, der Vereinigten Staaten von Amerika oder von Brasilien und Indien – schienen immer wieder die Anliegen der vom Klimawandel besonders bedrohten kleinen Länder auf der südlichen Halbkugel, die auf der internationalen Bühne nur wenig Gewicht haben, ins Abseits zu drängen.

Der alarmierende Weckruf, der von den sich weltweit häufenden Wetterextremen ausgehen sollte, schien schon wieder einmal ungehört zu verhallen.

Die Warnungen der internationalen Forschergemeinschaft über die verheerenden Folgen des anthropogen gemachten Klimawandels und einer sich weiter erhitzenden Erdatmosphäre stießen bei vielen Politikern, trotz manchmal flammender Appelle, auf taube Ohren. Wieder einmal schienen sich Wissenschaft und Politik nicht auf eine gemeinsame Linie einigen zu können.

Somit pendelten die Reaktionen über die Ergebnisse der COP 26 auch zwischen bitterer Enttäuschung und verhaltenem Optimismus.

Wie viele andere Regierungschefs war auch der belgische Premierminister Alexander De Croo in Glasgow und präsentierte in einer sechsminütigen Rede den Anteil, den Belgien in den kommenden Jahren zum Klimaschutz leisten wolle.

Derweil der Premier in Glasgow war, gab es in Belgien ein eher unrühmliches politisches Gezerre zwischen Flamen und Wallonen über den Beitrag, den die jeweiligen Regionen in Zukunft zur Erreichung der Pariser-Klimaziele zu erbringen haben.

Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation 'Germanwatch' veröffentlicht jährlich den Klimaschutz-Index (Climate Change Performance Index), der die Bemühungen um Klimaschutz in 60 Ländern und der Europäischen Union analysiert.

Dieses unabhängige Monitoring-Instrument, das die Bereiche Treibhausgasemissionen, erneuerbare

Energien, Energieverbrauch und Klimapolitik in jedem Land untersucht, soll die Transparenz in der internationalen Klimapolitik erhöhen.

In diesem Ranking belegt Belgien im Jahr 2022 nur noch den 49. Platz und verschlechterte sich im Vergleich zum Jahr 2021 um 9 Plätze. Belgien gehört somit zu den Nachzüglern im Bereich Klimaschutz.

Die Schuld an diesem schlechten Ranking schieben sich in gewohnter Manier Flamen und Wallonen gegenseitig zu. Effiziente Klimapolitik sieht wahrlich anders aus.

Es bleibt also viel zu tun.

Entschlossenes Handeln im Kampf gegen den Klimawandel, gegen Treibhausgasemissionen und gegen eine weitere Erwärmung der Erdatmosphäre gelingt im Bundesstaat Belgien nur dann, wenn die Föderalregierung und die Gliedstaaten an einem Strang ziehen und weniger Zeit damit verbringen, anklagend mit dem Zeigefinger auf den direkten Nachbarn zu weisen.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft muss ihren Part erfüllen. Und das wird sie tun. Klimaschutzpolitik steht nicht erst seit gestern ganz oben auf der politischen Agenda.

Lassen Sie mich den vorliegenden Dekretentwurf kurz in diese Klimaschutzpolitik der DG einordnen.

Seit Beginn der im Juni 2009 gestarteten ersten Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzepts „Ostbelgien leben 2025“ wird dem Thema Klimaschutz und erneuerbare Energien ein breiter Raum zugestanden.

In Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie wurde 2014 das 'Energieleitbild für die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens' veröffentlicht. Mit der Umsetzung dieses Leitbildes sollte sich „die DG bis zum Jahre 2025 zu einer Modellregion für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Belgien entwickeln.“ (S. 3)

Nach den erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen mit der Wallonischen Region ist die Deutschsprachige Gemeinschaft seit dem 1. Januar 2020 für die Bereiche Raumordnung, Wohnungswesen und für Teile der Energiepolitik verantwortlich.

Dank dieser neuen Kompetenzen verfügt die DG seit zwei Jahren über wichtige politische Hebel, um die im Energieleitbild festgelegten ambitionierten Ziele zu erreichen.

Gerade in den Bereichen Klimaschutz und Energiepolitik kann die DG exemplarisch dokumentieren, dass Autonomie und Kompetenzerweiterungen keine leeren Worthülsen sind, sondern dass wir dank dieser erweiterten Zuständigkeiten einen deutlichen Mehrwert für die Menschen in Ostbelgien schaffen, indem wir die Bedarfe in unserer Gemeinschaft genau identifizieren, die administrativen Abläufe vereinfachen und nicht zuletzt die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel deutlich erhöhen. Und genau das geschieht mit dem vorliegenden Dekretentwurf.

Eine weitere wichtige Etappe war sicher der Beitritt der neun ostbelgischen Gemeinden im Frühjahr 2017 zum Bürgermeisterkonvent für Klima und Energie als supra-lokale Arbeitsgruppe „Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens“. Das Ministerium der DG übernimmt dabei eine koordinierende Aufgabe.

Mit diesem Beitritt verpflichteten sich die Unterzeichner, einen Aktionsplan für nachhaltige Energie und die Anpassung an den Klimawandel vorzulegen. Dies geschah mit der Ausarbeitung des 'Integrierten Energie- und Klimaplans für die DG' im Jahre 2018'

Obwohl die Covid-Pandemie seit fast zwei Jahren auch in unserer Gemeinschaft das politische Geschehen bestimmt, hat die Regierung zu keinem Zeitpunkt die Bemühungen um einen verstärkten Klimaschutz vernachlässigt.

Es gibt nicht die Alternative Konjunkturbelebung ODER Klimaschutz. Im Gegenteil, beide Themen sind eng miteinander verzahnt. Auch in der Krise handelt die Regierung nach dem Prinzip: Wiederankurbelung der Wirtschaft UND gleichzeitiges Handeln zum Klimaschutz.

Bester Beleg dafür ist die Tatsache, dass im 600 Millionen starken Investitionspaket, über das wir im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte bereits ausführlich debattiert haben, 181,5 Millionen vorgesehen sind, die bis 2023 in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden sollen. Davon sind allein 50 Millionen für die Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaplans vorgesehen.

Ein Teil dieser Investitionen wird getragen von den insgesamt 50 Millionen, die die DG aus dem belgischen Anteil des EU-Hilfsfonds erhält. Davon sind 20 Millionen Euro für die energetische Renovierung von Sozialwohnungen und 5 Millionen Euro für Energieprämien für private Wohnungen vorgesehen.

Klimaschutz gibt es eben nicht zum Nulltarif.

Im vorliegenden Dekretentwurf, der durch zwei Erlasse flankiert wird, werden nun Nägel mit Köpfen gemacht und auf die DG zugeschnittene maßgeschneiderte Maßnahmen präsentiert. Im Bericht wurden die Neuerungen bereits vorgestellt. Daher werde ich diese nur ganz summarisch noch einmal nennen:

- Die Zuschüsse für energieeffizienzfördernde Maßnahmen können zukünftig bis zu 80 Prozent betragen und es gibt eine deutliche Vereinfachung der Antragstellung.
- Zur Bekämpfung der Energiearmut wird den neun ÖSHZ ein auf der Basis der Anzahl Empfänger von Eingliederungseinkommen errechneter Pauschalbetrag ausgezahlt. Gemäß dem Prinzip der Subsidiarität entscheiden die ÖSHZ über den Einsatz dieser Mittel. Somit wird folglich auch die Gemeindeautonomie gestärkt.
- Im Rahmen einer Kapitalbeteiligung an der Gesellschaft Öffentlicher Wohnungsbau Ostbelgien (dem ÖWOB) stellt die DG zusätzliche Mittel für die Sanierung des Bestands im Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.
- Über Erlass vom 30. September 2021, der bereits seit dem 1. November in Kraft ist, wird das Prämiensystem zur Steigerung der Energieeffizienz wesentlich vereinfacht. Mehr Transparenz, größere Effizienz und radikale Vereinfachung der Antragstellung werden mit dem neuen System angestrebt. Zudem werden die Mittel für Energieprämien von der DG verdreifacht: von bisher 500 000 Euro, die die DG von der Wallonischen Region erhält, auf nunmehr 1,5 Millionen Euro.
- Ebenfalls über Erlass, der von der Regierung voraussichtlich noch in diesem Jahr verabschiedet wird, wird das Bezuschussungssystem für Pilotprojekte der Gemeinden im Rahmen der Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaplans geregelt. Auch hier werden die finanziellen Mittel sowohl für Personal- und Funktionskosten als auch für

Investitionsprojekte deutlich im Vergleich zu den bisher dafür vorgesehenen Mittel der Wallonischen Region erhöht

Werte Kolleginnen und Kollegen, obwohl der vorliegende Dekretentwurf nur 14 Artikel umfasst, werden hiermit und durch die zwei flankierenden Erlasse die rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit die DG die hochgesteckten Klimaschutzziele erreichen kann: Reduzierung bis 2030 der CO<sup>2</sup>-Emissionen um 40 Prozent und bis 2050 um 100 Prozent.

Weitere Maßnahmen werden sicherlich erforderlich sein.

Die großen Ziele, die im Rahmen der COP 26 in Glasgow auf Weltebene diskutiert wurden, müssen auf regionaler Ebene durch viele Einzelmaßnahmen konkretisiert werden und dafür müssen die entsprechenden Finanzmittel bereitgestellt werden. Nur wenn das geschieht, hat Klimaschutz eine echte Chance.

Die Regierung belegt mit diesem Dekretentwurf, dass der Klimaschutz wirklich eine hohe Priorität in unserer Gemeinschaft genießt.

Die ProDG-Fraktion wird diesem Dekretentwurf selbstverständlich zustimmen.

Freddy CREMER  
ProDG-Fraktion  
14. Dezember 2021